

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 06.09.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino
Herr Hüsemann
Frau Jansen
Herr Jung
Frau Schellong

SPD

Frau Brandtner
Herr Brücher
Herr Pieplau
Herr Schmalen
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood
Frau Kloss
Frau Dr. Ober

Vorsitzende

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic	Integrationsrat	(ab 17.15 Uhr)
Herr Buschmann	FDP-Gruppe	
Frau Huber	Seniorenrat	
Herr Klein	Psychiatriebeirat	(ab 17.05 Uhr)
Herr Winkelmann	Beirat für Behindertenfragen	

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Schulz
Frau Petzold

Herr Cremer

Herr Nitschke

Frau Kleiner

Dezernat 5
Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Stab Dezernat 3

Gäste

Herr Korbmacher
Frau Kohlhage
Frau Rühl
Frau Striewe-Gabriel

AGW
Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
DRK
DRK

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (15. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses am 10.05.2016

Beschluss:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (15. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses am 10.05.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 16. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.05.2016

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 16. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.05.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.3 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (17. Sitzung), des Jugendhilfeausschusses und des Integrationsrates am 25.05.2016

Beschluss:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial-

und Gesundheitsausschusses (17. Sitzung), des Jugendhilfeausschusses und des Integrationsrates am 25.05.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1.4 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 18. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.06.2016

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.06.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Beratungsstelle für Hörgeschädigte

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Zu Punkt 2.2 Perspektiven zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes -Beschlüsse der 89. Gesundheitsministerkonferenz-

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Zu Punkt 2.3 6. Woche der seelischen Gesundheit vom 24.10. - 03.11.2016

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf das mit der Einladung versandte Programm.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Dolmetscherinnen und Dolmetscher für Flüchtlinge (Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.08.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3600/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**).

Herr Copertino bedankt sich für die umfassende Beantwortung der beiden Anfragen.

Zu Punkt 3.2 Verkehrsverhalten von Flüchtlingen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 30.08.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3601/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**).

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Einsatz von "Talent-Scout" bzw. "Talent-Scouting" zur Einschätzung der Fähigkeiten und Qualifikationen der Flüchtlinge (Antrag der CDU-Fraktion vom 21.03.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2987/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober erinnert an die Berichterstattung von Herrn Siegeroth zum Projekt „Bielefeld integriert“.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass über die REGE mbH bereits seit Juni 2016 „Kompetenzaufdecker“ in folgenden Unterkünften im Einsatz seien:

Bi Mitte => Handwerkerbildungszentrum, Werner-Bock-Straße/FH

Brackwede => Eisenbahnstraße und Ummeln

Sennestadt => Industriestraße

Bis jetzt hätten die Kompetenzaufdecker Gespräche mit 26 Personen geführt und sie an weiterführende Angebote (Praktikum Integration-Point, Sprachförderung, Anerkennungsberatung, alpha OWL II) weitergeleitet. Sechs Personen erhielten konkrete Stellenangebote von der REGE mbH.

Kontakt bestehe noch zu 21 weiteren Personen, die in ihrem Heimatland einer selbständigen Tätigkeit (Handwerker, Händler) nachgegangen seien. Außerdem habe die REGE mbH 52 Personen in Sprachkurse vermittelt.

Inwieweit der CDU-Antrag noch aufrechterhalten wird, konnte nicht abschließend geklärt werden. Um eine Entscheidung innerhalb der Fraktion zu ermöglichen, bittet Herr Copertino um eine weitere Rückstellung des Antrages. Der Bitte wird entsprochen.

Zu Punkt 5

Soziale Beratung von Flüchtlingen - Rückkehrerberatung der DRK-Beratungsstelle

Frau Rühl und Frau Striewe-Gabriel informieren über die unabhängige Rückkehrberatung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Bielefeld und Ostwestfalen-Lippe (**Anlage 3**). Die Beratung der Flüchtlinge erfolge ausschließlich auf freiwilliger Basis.

Frau Schulz zeigt die Aufgaben der Stadt Bielefeld, in Abgrenzung zur Rückkehrberatung des DRK, im Bereich der Flüchtlingsberatung auf (**Anlage 4**).

Fragen von Vorsitzender Frau Dr. Ober, Frau Brandtner, Herrn Gugat, Frau Adilovic und Herrn Bolte werden von Frau Rühl und Frau Schulz beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6

Die Umsetzung der Bielefelder Gesundheitsziele 2010 bis 2015 - Abschlussbericht

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3297/2014-2020

Frau Petzold und Herr Cremer erläutern den Aufbau des Abschlussberichtes und machen die Umsetzung der Bielefelder Gesundheitsziele 2010 bis 2015 an einzelnen Beispielen deutlich (**Anlage 5**).

Fragen von Vorsitzender Frau Dr. Ober und Herrn Hood zu einzelnen Projekten werden von Frau Dr. Delius und Frau Petzold beantwortet.

Darüber hinaus teilt Beigeordnete Frau Ritschel auf Nachfrage mit, dass der Workshop der KGK am 26.10.2016, von 14.00 – 18.30 Uhr, im Else-Zimmermann-Saal im Technischen Rathaus, stattfindet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7**Ordnungsbehördliche Rufbereitschaft außerhalb der Dienstzeiten des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SPsD)**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3280/2014-2020

Frau Dr. Delius informiert über die einjährigen Erfahrungen mit der ordnungsbehördlichen Rufbereitschaft außerhalb der Dienstzeiten.

Herr Nitschke erläutert die Aufgaben des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SPsD) und macht die unterschiedlichen Tätigkeitsfelder des SPsD, des Krisendienstes und des Ordnungsbehördlichen Dienstes deutlich **(Anlage 6)**. Auf Nachfrage teilt er mit, dass 2015 außerhalb der Dienstzeiten 210 Personen für die Erstellung eines ärztlichen Zeugnisses ins Evangelische Krankenhaus Bielefeld, Gilead IV, eingeliefert worden seien.

Aus Sicht des Psychiatriebeirates begrüßt Herr Klein die getroffene Regelung, macht aber deutlich, dass das Problem des ärztlichen Gutachtens weiterhin nicht geklärt sei.

Beigeordnete Frau Ritschel berichtet über eine Anhörung im Landtag zur Novellierung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG). Als Vertreterin des Städtetages habe sie an der Anhörung teilgenommen und die Gelegenheit genutzt, auf die Diskrepanz zwischen der gesetzlichen Forderung nach einem ärztlichen Zeugnis durch einen Psychiater, einer Psychiaterin oder einem in der Psychiatrie erfahrenen Arzt einerseits und dem faktischen Mangel an entsprechenden Ärzten außerhalb der üblichen Dienstzeiten andererseits aufmerksam zu machen. Sie habe für diesen Bereich eine Änderung gefordert, die für alle Akteure Rechtssicherheit biete.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8**Situation der Flüchtlinge in Bielefeld****Zu Punkt 8.1****Unterbringung und Betreuung**

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die Zuweisungssituation und die Entwicklungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen **(Anlage 7)**.

Herr Copertino bemängelt, dass die Ausschussmitglieder die Entwicklung der Zuweisungen aus der Zeitung erfahren und nicht vorab von der Verwaltung darüber informiert würden. Frau Brandtner schlägt vor, zukünftig derartige Informationen vor einer Pressekonferenz an die SGA-Mitglieder weiterzugeben. Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt sich mit der Vorgehensweise einverstanden.

-.-.-

Zu Punkt 8.2 Ausbildung und Arbeit

Zu dem Bereich Ausbildung verweist Beigeordneter Herr Nürnberger auf seine Ausführungen zu TOP 4.1.

Durch das Integrationsgesetz seien sog. Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) eingeführt worden. Sie seien vergleichbar mit 1€-Jobs, allerdings nur für Asylbewerber, die noch im Asylverfahren seien und nicht aus den sicheren Herkunftsstaaten kommen. Die FIMs umfassen 322 Plätze. Unter dem Aspekt, dass sich die Beschäftigung im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit (AGH) pro Teilnehmer über einen Zeitraum von sechs Monaten erstrecke, habe die REGE mbH die Möglichkeit, max. 644 Asylbewerber in diesen Maßnahmen zu beschäftigen.

Nach einer positiven Entscheidung über das Asylverfahren, übernehme das Jobcenter die AGH, so dass der Asylberechtigte weiter in der Maßnahme verbleiben könne.

Vorsitzende Frau Dr. Ober schlägt vor, sich in einer der nächsten Sitzungen intensiver mit dem Thema Ausbildung und Arbeit für Asylbewerber zu beschäftigen. Die Anwesenden stimmen zu.

Darüber hinaus teilt Beigeordneter Herr Nürnberger mit, dass im Rahmen von „Bielefeld integriert“ auch ein umfangreiches Fort- und Weiterbildungsprogramm für ehrenamtliche und hauptamtliche Flüchtlingshelfer entwickelt worden sei.

Zu Punkt 8.3 Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete (Petition der Medizinischen Flüchtlingshilfe an den Bürgerausschuss)

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf eine vom Bürgerausschuss an den SGA verwiesene Petition der Medizinischen Flüchtlingshilfe und auf eine an die Medizinische Flüchtlingshilfe gesandte Stellungnahme von Beigeordnetem Herrn Nürnberger.

Herr Copertino teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Auffassung des Beigeordneten Herrn Nürnberger unterstütze. Bundes- bzw. landeseinheitliche Regelungen sollten abgewartet werden.

Herr Bolte erklärt ebenfalls die Unterstützung der BfB-Fraktion, bittet aber darum, dass Thema nicht ewig zu schieben.

Herr Gugat pflichtet der Stellungnahme des Beigeordneten bei und sieht derzeit nur die Möglichkeit, die Einführung hinauszuschieben, um Veränderungen in den Rahmenvereinbarungen abzuwarten.

Herr Hood unterstützt die Auffassung, eine Veränderung der Rahmenvereinbarung abzuwarten. In vielen Gesprächen sei deutlich geworden, dass die in Bielefeld praktizierte Vorgehensweise sehr gut funktioniere und somit keine Notwendigkeit der sofortigen Einführung bestehe. Unab-

hängig davon werde die Petition wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Frau Adilovic bemängelt, dass die empfehlenden Beschlüsse des Integrationsrates zu diesem Thema keine Berücksichtigung finden. Sie bitte möglichst in diesem Jahr noch eine Entscheidung zu treffen.

Frau Bußmann schlägt vor, die Erfahrungen andere Kommunen abzuwarten und auszuwerten. Zu ihrer Frage nach der gesundheitlichen Versorgung von papierlosen Menschen in Bielefeld, sagt die Verwaltung eine Antwort in einer der nächsten Sitzungen zu.

Frau Brandtner erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie der Stellungnahme des Beigeordneten zustimme. Problematisch sei es, dass sich mit der elektronischen Gesundheitskarte auch Leistungen für die Geflüchteten verschlechtert hätten und das könne nicht Ziel einer einheitlichen Rahmenvereinbarung sein.

Sodann fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Petition zur Kenntnis.

Veränderungen in den Rahmenvereinbarungen und neue Erkenntnisse sind abzuwarten.

Im Sinne der Stellungnahme des Dezernenten wird das Thema „Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete“ vertagt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Förderung des Mehrgenerationenhauses Heisenbergweg aus dem Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3360/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Die Stadt Bielefeld bindet das Mehrgenerationenhaus Heisenbergweg in die Koordinierung der vorhandenen und geplanten Angebote zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses ein.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Ernennung drei neuer Mitglieder des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3447/2014-2020

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Nach Nr. 4 der Satzung des Psychiatriebeirates, in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 02.06.2016, werden folgende Personen als neue Mitglieder des Psychiatriebeirates ernannt:

- **Frau Annegret Storp, Trägerverbund der Ambulanten Suchthilfe Bielefeld zur Weiterentwicklung des Beratungsangebotes für suchtkranke Menschen**
- **Frau Rabiye Erdogan, Netzwerk Migration und psychosoziale Versorgung der PSAG**
- **Herr Göke, Landschaftsverband Westfalen-Lippe –LWL Behindertenhilfe Westfalen**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 11.1 Bildung einer Produktgruppe für den Bereich Asyl und geflüchtete Menschen im städtischen Haushalt (Antrag der CDU-Fraktion vom 21.03.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2986/2014-2020
3318/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf den mit der Einladung versandten Auszug aus der Niederschrift des Finanz- und Personalausschusses am 21.06.2016. Aufgrund der von der Verwaltung vorgelegten umfangreichen Informationsvorlage, Drucks-Nr. 3318/2014-2020, habe Herr Copertino den Antrag der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Herr Copertino ergänzt, dass im Rahmen eines Arbeitskreises aus Politik und Verwaltung eine Optimierung der Darstellung flüchtlingsbezogener Kosten erarbeitet werden solle.

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Ober
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)